

Ohne staatliche Hilfe keine Konjunkturwende

Günter Pehl, Jahrgang 1923, ist seit mehr als 15 Jahren ständiger wirtschafts-politischer Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“. Er ist der verantwortliche Redakteur der Funktionärszeitschrift des DGB „Die Quelle“.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich in einer der schwierigsten Konjunkturphasen der Nachkriegszeit, vielleicht sogar in der schwierigsten. Sie ist tief gespalten in Bereiche, die sich (noch) einer guten Konjunktur erfreuen, und in Wirtschaftszweige, in denen Absatz, Produktion und Beschäftigung schon seit

längerem rückläufig sind und meist erheblich unter dem Vorjahrsstand liegen. Im ganzen wächst unsere Volkswirtschaft zur Zeit kaum noch. Neben konjunkturellen Ursachen spielen strukturelle Anpassungsschwierigkeiten an veränderte Marktverhältnisse eine wesentliche Rolle beim Rückgang von Absatz, Produktion und Beschäftigung. Das Zusammentreffen von konjunkturellen und strukturellen Ursachen macht eine Bekämpfung des Beschäftigungsrückgangs diesmal besonders schwierig und sicherlich auch langwierig.

Die Zahl der Arbeitslosen kletterte von Monat zu Monat weiter. Allein im Oktober stieg sie um 115 300 auf 672 300 an, die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 2,4 auf 3 vH¹). Daneben nahm die Zahl der Kurzarbeiter im Oktober um 104 300 auf 369 000 zu. Die Befürchtung, daß wir in der Bundesrepublik im Winter, zumal bei starkem Frost und reichlichem Schneefall, rund eine Million Arbeitslose haben werden, ist leider nicht unbegründet.

Konjunkturwende im Frühjahr?

Sicherlich ist es für die Arbeitslosen kein Trost, aber es ist nicht nur für sie, sondern für alle eine Hoffnung, wenn die meisten Konjunkturbeobachter meinen, daß die Talfahrt der Konjunktur im Frühjahr 1975 beendet sein wird. Es gibt gewichtige Gründe für die Erwartung einer Konjunkturwende in der ersten Hälfte des kommenden Jahres. Hierfür spricht vor allem, daß sich dann die staatlichen Konjunkturspritzen auswirken werden. „Der Konjunkturabschwung wird sich bis ins Frühjahr hinein fortsetzen, das Sozialprodukt bis dahin stagnieren, die Kapazitätsauslastung also noch sinken und die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte es indes zu einer konjunkturellen Belebung kommen.“ Diesen Ausblick auf 1975 gaben fünf führende Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren Herbstgutachten zur Wirtschaftslage²).

Der neue Wirtschaftsaufschwung wird allmählich einsetzen und sich voraussichtlich erst vom Sommer 1975 ab beschleunigen; für das 2. Halbjahr 1975 rechnen die Wirtschaftsforscher bereits wieder mit einem Sozialproduktzuwachs von 3 vH gegenüber 1,5 vH im 1. Halbjahr 1975. Für das ganze Jahr 1975 erwarten die Institute und die Bundesregierung eine Zunahme des Sozialprodukts gegenüber 1974 um 2 bis 3 vH. Über die Entwicklung der Bruttoeinkommen nehmen die Bundesregierung ebenso wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB an, daß sie ungefähr gleichmäßig erfolgen wird.

Bruttosozialprodukt von 1 000 Milliarden DM

Über erste, vorläufige Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit in dem zu Ende gehenden Jahr 1974 kann nur mit Vorbehalt berichtet werden; zu den be-

1) Dieser Artikel wurde am 10. 11. 1974 abgeschlossen. Bis dahin waren die Arbeitslosenzahlen von Ende Oktober, die Daten über Produktion und Auftragslage in der Industrie bis zum September bekannt.

2) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1974 (abgeschlossen am 17. 10. 1974), Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 24. 10. 1974.

kannten Wirtschaftszahlen, die bis zum Herbst 1974 reichen, müssen die Daten für das vierte Quartal hinzugeschätzt werden. Dann ergibt sich folgendes Bild: Wenn die Preissteigerungen ausgeschaltet werden, ist der *reale* Wert der 1974 erstellten Güter und Dienstleistungen — das ist das Sozialprodukt — um rund 1,5 vH größer als 1973. *Nominal*, in jeweiligen Preisen gerechnet, stieg das Bruttosozialprodukt 1974 um nahezu 7,5 vH auf 1 000 Mrd. DM an. Der private Verbrauch befand sich ungefähr im Gleichschritt mit dem Sozialprodukt, während die Investitionen 1974 geringer waren als 1973: nominal um etwa 1 vH, real sogar um rund 7,5 vH. Die Lohn- und Gehaltssumme war 1974 *brutto* um 9,5 bis 10 vH höher als 1973, *netto* um etwa 7,5 vH — die Differenz ergibt sich als Folge der Lohnsteuerprogression sowie der wachsenden Sozialabgabenbelastung. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, also der Personen, auf die die Lohn- und Gehaltssumme aufgeteilt wird, hat 1974 um 1,5 bis 2 vH abgenommen. Infolgedessen sind die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 1974 im Durchschnitt um 9 bis 9,5 vH höher als 1973. Da im gleichen Zeitraum das Preisniveau des privaten Verbrauchs um rund 7,5 vH anstieg, wuchs die (reale) Kaufkraft der Nettoarbeitseinkommen 1974 um 1,5 bis 2 vH an. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nahmen 1974 um etwa 2,5 vH zu — diesmal wieder nominal gerechnet.

Die Wirtschaftslage im Herbst 1974

Diesem Überblick über einige wichtige Wirtschaftsdaten des ablaufenden Jahres soll eine Darstellung der Wirtschaftslage im Herbst 1974 folgen. Der Konjunkturbeobachter muß eine schwache und rückläufige Inlandsnachfrage und ein rasches Nachlassen des Exportbooms feststellen. Schaltet man die Preissteigerungen aus, dann ergibt sich ein beschleunigter Rückgang der (realen) Inlandsnachfrage seit dem Februar. Im September 1974 konnten die Industriefirmen der Bundesrepublik nur Inlandsaufträge in einem Umfang verbuchen, der real um 8 vH unter dem Vorjahrsergebnis lag. Bis zur Jahresmitte 1974 bildete der in seinem Ausmaß bisher einmalige Exportboom ein starkes Gegengewicht zum Rückgang der Inlandsaufträge. Seitdem verringerten sich jedoch die realen Zuwachsraten der Exportaufträge rasch, und im September 1974 war das Volumen der Auslandsaufträge erstmals sogar um 3 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Vor allem haben die Investitionsgüteraufträge aus dem Ausland seit dem Frühjahr erheblich an Schwung verloren und sind ins Minus gerutscht — über die Hälfte unseres Exports entfällt auf Investitionsgüter. Daß bei den Auslandsaufträgen in den Sommermonaten überhaupt noch reale Zuwachsraten zu verzeichnen gewesen waren, lag an dem weltweiten Chemie- und Stahlboom, der hohe Auslandsbestellungen im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich mit sich brachte.

Alle Auftragseingänge bei der Industrie — die Bestellungen aus dem Inland und aus dem Ausland zusammengenommen — waren im September 1974 der Menge nach um 6,5 vH niedriger als vor Jahresfrist; nur wegen der zwischenzeit-

lichen Preissteigerungen ergibt sich ein nominaler Zuwachs von 8,5 vH. Alle drei Hauptgruppen der Verarbeitenden Industrie verbuchten nur *wertmäßig* höhere Ergebnisse als im September 1973; *real* wurde weniger bestellt. Die Abstände im Jahresvergleich betragen in der Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie: + 19 vH nominal, jedoch — 6,5 vH real; in der Investitionsgüterindustrie: + 2,5 vH nominal und — 6 vH real; in der Verbrauchsgüterindustrie: + 5,5 vH nominal, dagegen — 6,5 vH real. Bei diesen Ergebnissen müssen sich die *Auftragsbestände* weiter vermindert haben. Die Produktionsdauer, die zu ihrem Abbau erforderlich ist, betrug im September 1974 nur noch 2,9 Monate gegenüber 3,2 Monaten im Juni; dieser Rückgang der Auftragsbestände ergab sich aus den Unternehmensmeldungen zum Konjunkturtest des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Die Auftragsentwicklung wurde mit Absicht ausführlich dargestellt, da die Aufträge von heute Auskunft über die Produktion von morgen geben. Aus den Daten läßt sich folgern, daß die private Wirtschaft in absehbarer Zeit aus eigener Kraft nicht zu einer Umkehr der Konjunkturentwicklung kommen wird. Eine Konjunkturwende kann im Laufe des ersten Halbjahres 1975 überhaupt nur dann erwartet werden, wenn der Staat mit geeigneten und ausreichenden finanziellen Hilfen eingreift.

Gleichlaufend mit den Aufträgen entwickelt sich die Industrieproduktion. Im September 1974 wurde das vorjährige Produktionsergebnis um 5,5 vH unterschritten, im August um 3 vH. Besonders stark waren die Rückgänge in der Investitionsgüterindustrie (— 7,5 vH im September) und in der Verbrauchsgüterindustrie (— 9,5 vH). Jedoch wurde auch in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie im September um 4 vH weniger produziert als ein Jahr zuvor (im August um 2 vH weniger).

Gespaltene Konjunktur

Von einer guten Konjunktur kann zur Zeit nur noch in der Stahl- und in der chemischen Industrie, in einigen Zweigen des Maschinenbaus und der Nichteisen-Leichtmetallindustrie, aber auch — nach vielen Jahren der Produktionsdrosselung — im Kohlebergbau gesprochen werden. In fast allen anderen Branchen geht die Produktion zurück. Dabei überlagern sich konjunkturelle und strukturelle Ursachen. Strukturelle Anpassungserfordernisse an veränderte Wettbewerbsverhältnisse — etwa verglichen mit billigeren Produktionen des Auslands —, an sich wandelnde Verbraucheransprüche und -gewohnheiten sowie zum Teil auch an eine weitgehende Marktsättigung spielen eine wesentliche Rolle. Schon seit längerem leiden z. B. die Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie unter strukturellen Schwierigkeiten, die durch eine konjunkturell bedingte, auf die Unsicherheit der Beschäftigungslage zurückzuführende Zurückhaltung der Verbraucher verstärkt wurden. Innerhalb eines Jahres — von Mai 1973 bis zum Mai 1974 — nahm die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie um 38 000 auf 399 000

ab, in der Bekleidungsindustrie um 54 000 auf 312 000. Neuerdings werden die Aussichten in der Textilwirtschaft wieder positiv beurteilt, nachdem sich die neue Damenmode durchgesetzt und zu einer spürbaren Belebung des Geschäfts geführt hat. In einem schwierigen Anpassungsprozeß befindet sich zur Zeit auch die Kraftfahrzeugindustrie. Er ging von einer allmählichen Marktsättigung aus und wurde durch die Ölkrise und durch die verteuerte Autohaltung verstärkt. Außerdem machen sich auch hier konjunkturelle Gründe bemerkbar; die wirtschaftliche Unsicherheit führt zu einem Hinausschieben bereits geplanter Autokäufe. In den ersten neun Monaten dieses Jahres stellte die Kraftfahrzeugindustrie ein Fünftel Personenkraftwagen weniger her als vor Jahresfrist. Auch in anderen Industrieländern ging die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen erheblich zurück; dies hatte ein starkes Absinken des Exports mit zusätzlichen negativen Rückwirkungen zur Folge, denn immerhin wird fast zwei Drittel der Produktion exportiert.

Krisenhafte Lage der Bauwirtschaft

Nach Rekordergebnissen im Wohnungsbau (1973: 714 000 fertiggestellte Wohnungen, 1974 zwischen 600 000 und 650 000) ist die private Nachfrage nach Bauleistungen in diesem Jahr so stark zurückgegangen, daß sich die Situation der Bauwirtschaft krisenhaft zugespitzt hat; es fehlt an Anschlußaufträgen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres war das Volumen der Baugenehmigungen für Wohnungen um etwa ein Drittel niedriger als ein Jahr zuvor; fast die Hälfte aller Bauleistungen entfallen auf den Wohnungsbau. Die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten ist ebenfalls stark abgesunken, um rund 27 vH im Jahresvergleich. Nur im öffentlichen Bau sind in diesem Jahr verstärkt Aufträge vergeben worden; das genehmigte Bauvolumen war im 1. Halbjahr um 32 vH und im Juli/August sogar um 50 vH höher als vor Jahresfrist. Jedoch können dadurch die starken Nachfrageausfälle im Wohnungs- und im Wirtschaftsbau bei weitem nicht ausgeglichen werden. Im Bauhauptgewerbe ist die Produktion im Laufe dieses Jahres erheblich gedrosselt worden, was zur Folge hatte, daß die Zahl der dort Beschäftigten von Juli 1973 bis Juni 1974 um 210 000 oder 13,5 vH schrumpfte. Im Ausbaugewerbe kam es zwar wegen des Anfang 1974 noch hohen Wohnungsbauüberhangs bisher zu keinen wesentlichen Produktionsrückgängen, jedoch ist damit in den nächsten Monaten zu rechnen.

Von der krisenhaften Entwicklung in der Bauwirtschaft und in der Kraftfahrzeugindustrie sind auch viele Zulieferer in Industrie und Handwerk sowie Banken und Handelsunternehmen mit betroffen. Insgesamt hat die schlechte Wirtschaftslage viele Unternehmen zu einer Verringerung ihres Personals veranlaßt. In der Industrie war die Zahl der Beschäftigten Ende Juli um 2,6 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Auf Grund einer Befragung einer repräsentativen Auswahl von Unternehmen durch das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung schätzen die Konjunkturforscher des Instituts, daß die Zahl der Industriebeschäftigten zwischen Oktober 1974 und Januar 1975 nochmals um rund 2 vH oder 160 000 Per-

sonen abnehmen wird. 42 vH der befragten Unternehmen planten einen Rückgang der Beschäftigtenzahl, nur 3 vH suchten zusätzliche Arbeitskräfte.

Arbeitslosenquote von 3 vH

Die Lage am Arbeitsmarkt ist nach Branchen, Berufen und Regionen sehr unterschiedlich. Berufliche Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit sind Bau-, Metall-, Büro- und Verwaltungs-, Verkehrs-, Textil- und Bekleidungsberufe. Besonders hoch war Ende Oktober mit 3,8 vH die Arbeitslosenquote der Frauen; bei den Männern betrug sie 2,5 vH. Die regionalen Arbeitslosenquoten bewegten sich zwischen 2,0 vH in Baden-Württemberg und 3,5 vH in Rheinland-Pfalz. Auch im größten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, ist die Arbeitslosenquote überdurchschnittlich hoch (Ende Oktober 3,4 vH bei einem Bundesdurchschnitt von 3 vH). Die regionale Streuung ist noch größer bei einer Aufgliederung nach Arbeitsamtsbezirken. Schon im August schwankten die Arbeitslosenquoten zwischen 0,8 vH im Arbeitsamtsbezirk Reutlingen und 5,5 vH im Bezirk Leer (im September 6,5 vH).

Der Bericht über die Wirtschaftslage im Herbst 1974 wäre ohne einen Blick auf Außenhandel und Preisentwicklung unvollständig. In den Außenhandelszahlen spiegeln sich der Exportboom einerseits und die rückläufige Inlandsnachfrage genau wider. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurde *real*, dem Volumen nach, um 14 vH mehr ausgeführt als ein Jahr zuvor, während die Einfuhr *real* um 2 vH zurückgegangen war. *Nominal*, in jeweiligen Preisen gerechnet, ergibt sich ein anderes Bild; hier kommt die weltweite Inflation deutlich zum Ausdruck. Da die Einfuhrpreise im ganzen um 27 vH höher waren als vor Jahresfrist, stieg der Wert der Einfuhr um 25 vH. Auch die Exportpreise wurden erheblich heraufgesetzt, insgesamt um 15 vH, so daß der Wert der Ausfuhr um 31 vH höher war. In den ersten neun Monaten erbrachte der Außenhandel einen Überschuß von 36,9 Mrd. DM; ein Jahr zuvor machte der Ausfuhrüberschuß 22,8 Mrd. DM aus. Dem Überschuß in den ersten neun Monaten 1974 standen Defizite in der Dienstleistungsbilanz und bei den Übertragungszahlungen gegenüber; saldiert ergab sich ein Überschuß in der Leistungsbilanz von 16,9 Mrd. DM; dies trotz der enorm gestiegenen Ölpreise.

Einfuhr verteuerte sich um 32,4 vH

Sie haben erheblich dazu beigetragen, daß die eingeführten Rohstoffe im September um nicht weniger als 95 vH teurer waren als ein Jahr zuvor. Insgesamt haben sich die Einfuhrerzeugnisse um 32,4 vH verteuert. Eine solche Verteuerung mußte sich bei unserer weltwirtschaftlichen Verflechtung — unsere Einfuhr macht ein Viertel des Bruttosozialprodukts aus — auf die Inlandpreise auswirken. So stiegen die Preise für Industrierzeugnisse im September binnen Jahresfrist um 14,2 vH an. Dagegen gelang es, die Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum auf 7,3 vH im September und 7,1 vH im Okto-

ber zu begrenzen. Der Preisindex für die Lebenshaltung von Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen hat sich weniger, nämlich um 6,8 vH erhöht. Damit liegt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich nach wie vor am unteren Ende der Preisleiter. Von den vergleichbaren Industrieländern hatten im August neben der Bundesrepublik (7 vH) nur noch Schweden (9,2 vH), Norwegen und Österreich (je 9,9 vH) einen Anstieg der Verbraucherpreise von weniger als 10 vH. In Italien (20,8 vH) war die Teuerungsrate fast dreimal, in Frankreich (14,5 vH) und Belgien (14,6 vH) doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik.

Wirtschaftspolitik auf schmale Pfad

Soweit der Überblick über die Wirtschaftslage in diesen Monaten. Wie reagiert die amtliche Wirtschaftspolitik auf diese Situation? Sie kann sich nur auf einem schmalen Pfad bewegen. Einerseits muß sie Beschäftigungseinbrüche, die zu größerer konjunktureller Arbeitslosigkeit führen, bekämpfen, andererseits dürfen die angewendeten Mittel nicht zu zusätzlichen Preissteigerungen führen. Bis vor kurzem hat die Bundesregierung der Bekämpfung des Preisanstiegs Vorrang eingeräumt, dabei allerdings das harte Stabilisierungsprogramm vom Frühjahr 1973 nach und nach aufgehoben. Seit dem Frühjahr 1974 wurden für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen finanzielle Hilfen gewährt. Auch von den öffentlichen Haushalten gingen 1974 belebende Wirkungen aus. So dürften die öffentlichen Investitionen in diesem Jahr real um etwa 7 vH höher sein als 1973.

Dies alles sind Tropfen auf einen heißen Stein; die rückläufige Bewegung von Absatz, Produktion und Beschäftigung wird damit nicht aufgehalten. Auch das von der Bundesregierung vorgelegte und im Oktober vom Bundestag beschlossene Sonderprogramm „zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung“ reicht dazu bei weitem nicht aus. Allerdings ist dieses Programm ein Schritt auf dem richtigen Weg. Aufträge in Höhe von insgesamt 950 Mill. DM sollen „in Orten und Gebieten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit — unter Berücksichtigung der Beschäftigungslage im Baubereich —“ vergeben werden. Grundsätzlich sind nur Hochbauprojekte vorgesehen. Die Auftragsvergabe soll für den größten Teil bis zum Jahresende 1974 erfolgen, für die Modernisierung von Altbauten bis zum 31. 3. 1975. Das Sonderprogramm wird aus den Investitionssteuerrücklagen des Bundes und der Länder finanziert, der Bund will 600 Mill. DM übernehmen, die Länder sollen 350 Mill. DM tragen.

Konjunktursteuerung wird verfeinert

Mit diesem 950-Mill.-DM-Programm wird die Konjunktursteuerung differenzierter. Die Mittel der Globalsteuerung, mit denen im Kampf um Preisstabilität nur Teilerfolge bei Inkaufnahme von schädlichen Auswirkungen auf die Beschäftigung in einer Reihe von Wirtschaftszweigen erzielt werden konnten, sind auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu grob, wenn zugleich verhindert werden muß, daß es zu zusätzlichen Preissteigerungen in größerem Ausmaß

kommt. Die Konjunktur wird diesmal feiner gesteuert werden müssen, die staatliche Hilfe ist gezielt auf die regional schwachen Stellen zu richten, dorthin, wo die Beschäftigungseinbrüche am größten und die Kapazitäten im Hochbau am wenigsten ausgelastet sind. Dabei müssen die vom Staat vorgenommenen oder geförderten Investitionen sinnvoll sein und nur einen wirklich vorhandenen Bedarf decken. Schließlich muß die Hilfe rasch wirken und in kurzer Zeit zum Beginn der Bauvorhaben führen. Diesen Anforderungen genügt das Sonderprogramm, vorausgesetzt, daß sie auch in der Praxis beachtet werden.

In dieser Weise sollten noch in diesem Jahr weitere feingesteuerte Maßnahmen beschlossen und so rechtzeitig in Gang gebracht werden, daß sie spätestens im Frühjahr beschäftigungswirksam sind. Pressemeldungen zufolge wird in Bonn ein neues Stützungsprogramm vorbereitet, mit dem erreicht werden soll, „daß die Konjunktur im Frühjahr abhebt und nicht am Boden klebt“ (Regierungssprecher *Grunewald*). Dieses Programm soll sich eng an das vom Oktober anschließen; es wird damit gerechnet, daß es umfangreicher sein wird — genannt wird ein Betrag von 3 Mrd. DM — und noch in diesem Jahr beschlossen wird.

Der DGB hat jedenfalls erneut gefordert, aus den 9,5 Mrd. DM betragenden Konjunkturrücklagen ausreichende Mittel zu entnehmen, um dadurch Konjunktur und Beschäftigung wieder anzuregen. Jedes weitere Zögern würde die Situation am Arbeitsmarkt verschärfen und den erforderlichen finanziellen Aufwand später vergrößern. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte mit dem Ausbau der Infrastruktur in wichtigen Schwerpunktbereichen verbunden werden. Dazu wurden vom DGB eine Reihe Maßnahmen genannt, angefangen von zusätzlichen Mitteln für den Neubau von Sozialwohnungen zu tragbaren Mieten über die Altbaumodernisierung, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, höhere Zuschüsse für den beschleunigten Bau und Ausbau von Krankenhäusern bis zu Schnellbauprogrammen zur Beseitigung von Engpässen im Berufsschulwesen und den Ausbau medizinischer Studienplätze. Sonderprogramme haben freilich nur dann einen Sinn, wenn es sich wirklich um besondere, *zusätzliche* Investitionen handelt, wenn also nicht in den Investitionshaushalten an anderer Stelle eingespart wird.

Nachfragebelebung durch Steuerreform

Die Bundesregierung erwartet insbesondere von der am 1. Januar 1975 in Kraft tretenden Steuerreform expansive Auswirkungen auf den privaten Verbrauch. Insgesamt macht die Steuerentlastung durch die Reform 14 Mrd. DM aus — um diesen Betrag erhöhen sich die Nettoeinkommen zusätzlich zu den üblichen Einkommenserhöhungen; in Prozenten gerechnet handelt es sich um 1,5 vH. Allerdings verteilen sich die 14 Mrd. DM auf das ganze Jahr.

Bei rückläufiger Auslandsnachfrage und anhaltender privater Investitionsmüdigkeit wird der Aufschwung diesmal, anders als sonst, in erster Linie vom privaten Verbrauch getragen werden; die zweite Stütze wird die öffentliche Investitionstätigkeit sein. Der private Verbrauch wird indessen zu etwa 55 vH aus den

Nettoarbeitseinkommen und zu reichlich 20 vH aus Renten und Pensionen finanziert. Deshalb kommt gerade im 1. Halbjahr 1975 der Entwicklung der Masseneinkommen besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung hat in einer Darstellung und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und Aussichten³⁾ ausdrücklich die nachfragebelebenden Wirkungen der Rentenerhöhungen hervorgehoben. Aber auch die Lohnentwicklung darf nicht nur unter dem Aspekt der Kostenerhöhung gesehen werden. Vielmehr gründen sich die Hoffnungen auf einen erneuten Konjunkturaufschwung diesmal in erster Linie auf die nächsten Lohnrunden, darauf, daß die Erhöhung der Löhne und Gehälter ausreicht, um den Aufschwung im nächsten Jahr zu tragen.

Lohnerhöhungen wirkten 1974 stabilisierend

Dies sollte bei der Beurteilung der kommenden Lohnrunden bedacht werden, insbesondere von den Meinungsmachern, soweit sie von den Arbeitgebern unabhängig sind. Und es sollte aus der Entwicklung dieses Jahres eine Lehre gezogen werden: Die Tariflohnerhöhungen, die die Gewerkschaften Anfang 1974 erreichten, wurden von verschiedener Seite als „maßlos“ und „unverantwortlich“ bezeichnet. Tatsächlich wären aber die Einzelhandelsumsätze völlig in den Keller gerutscht, wäre auch der private Verbrauch gegenüber 1973 real gesunken, hätten die Gewerkschaften niedrigere, angeblich „maßvolle“ Lohnerhöhungen akzeptiert. So konnten die Einzelhandelsumsätze *real* nach einem Rückgang im 1. Halbjahr (um 3 vH) in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas ansteigen. Die Tariflohnerhöhungen wirkten 1974 stabilisierend auf die Konjunktur; das kann heute mit Genugtuung festgestellt werden.

Wie verantwortungsbewußt die deutschen Gewerkschaften in ihrer Lohnpolitik sind, hat erneut der Tarifabschluß in der Stahlindustrie bewiesen. Vereinbart wurde eine neunprozentige Lohnerhöhung sowie eine einmalige Zulage von 600 DM — zahlbar jeweils zur Hälfte Mitte November 1974 und im Mai 1975; außerdem eine Erhöhung des Jahresurlaubs um zwei Tage sowie eine Verdienstsicherung für ältere Arbeiter. Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß diese Vereinbarung in einem Industriezweig, der sich eines Booms erfreut, das gewerkschaftliche Verantwortungsbewußtsein für die Volkswirtschaft deutlich macht. Selbstverständlich werden die Gewerkschaften auch in den von Beschäftigungseinbrüchen betroffenen Branchen die wirtschaftlichen Gegebenheiten gebührend berücksichtigen; Absatz- und Produktionsrückgänge beeinflussen natürlich die Tarifpolitik der Gewerkschaften. Aus den Erfahrungen von 1967 und 1968 heraus ist es sicherlich erwägenswert, ob Möglichkeiten einer vorzeitigen Beratung, Kündigung oder Änderung des Vertrages für den Fall zweckmäßig sind, daß die Gewinne im Aufschwung den Löhnen davoneilen.

3) Bulletin der Bundesregierung vom 13. 9. 1974.

Die Bundesregierung rechnet für 1975 ebenso wie das WSI der Gewerkschaften mit einem ungefähren Gleichschritt der Einkommen von Arbeitnehmern und Unternehmern. Dagegen nehmen die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten an, daß die Lohn- und Gehaltssumme 1975 gegenüber 1974 brutto um 8 vH und netto um 6,5 vH (einschließlich Kindergeld um 9,5 vH) ansteigen wird, während die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen einen Sprung machen von brutto 13 vH und netto 17 vH. Dies wird dadurch möglich, daß die Löhne niedriger steigen als Sozialprodukt und Volkseinkommen. Eine solche Entwicklung muß verhindert werden, nicht zuletzt, weil sie zu starken sozialen Spannungen führen muß und damit die politische Stabilität gefährdet wird.

Auch 1975 zurückhaltende Investitionstätigkeit

Die von den Wirtschaftsforschern geforderte Zurückhaltung in der Lohnpolitik wird damit begründet, daß „eine Wiederbelebung der privaten Investitionsneigung notwendig“ ist, wenn sich ein neuer konjunktureller Aufschwung einstellen soll; „das setzt eine deutliche Verbesserung der Gewinnsituation voraus“. Nun kann es keinen Zweifel darüber geben, daß die Volkswirtschaft auf die Dauer nur dann wächst und daß nur dann genügend Arbeitsplätze geschaffen werden können, wenn ausreichend investiert wird. 1975 geht es indessen in erster Linie darum, die unausgenutzten Produktionskapazitäten wieder zu beschäftigen. Eine Notwendigkeit zur Ausweitung des Produktionsapparats ist auch bei Belebung der Nachfrage in den meisten Wirtschaftsbereichen gar nicht gegeben. Deshalb zeichnet sich nach dem Stand der Planungen im Herbst für 1975 in der Industrie und der Bauwirtschaft noch kein realer Zuwachs an privaten Investitionen ab; dies ergab der Investitionstest des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, bei dem 3 800 Industrieunternehmen und 700 Bauunternehmen befragt worden sind. Vom wichtigsten Bestimmungsgrund der Investitionsentscheidungen her, den Absatzerwartungen, wird wohl erst Ende 1975 oder 1976 mit einer erheblich größeren Investitionsbereitschaft der privaten Unternehmer zu rechnen sein.

Infolgedessen ist überhaupt nicht einzusehen, warum eine überproportionale Steigerung der Gewinne volkswirtschaftlich erforderlich sein soll. Dies würde vermutlich zu erhöhten Entnahmen der Gewinne für private Zwecke (Verbrauch oder Kapitalanlage außerhalb des Unternehmens) führen. Für die zu erwartenden privaten Investitionen werden ausreichende Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen, zumal die Abschreibungen, die weitaus wichtigste Finanzierungsquelle, sich überdurchschnittlich erhöhen werden.

Auch die Bundesbank hat sich zu einer „maßvollen Anpassung“ an die veränderte konjunkturelle Situation entschlossen. Mit Wirkung vom 25. Oktober senkte der Zentralbankrat den Diskontsatz von 7 auf 6,5 vH und den Lombardsatz (Zinssatz für die zeitweilige Beleihung von Wertpapieren) von 9 auf 8,5 vH. Außerdem wurde der Liquiditätsspielraum der Banken erweitert, indem die Re-

diskontkontingente der Kreditinstitute bei der Bundesbank vom 1. November an um 2,5 auf 14 Mrd. DM erhöht wurden. Diese Maßnahmen sollen zu einer Kostenentlastung für die Unternehmen führen. Grundsätzlich will aber die Bundesbank ihren Kurs des knappen Geldes beibehalten. Für zu hohe Preissteigerungen wolle die Bundesbank einfach kein Zentralbankgeld zur Verfügung stellen, erklärte Bundesbankpräsident *Klasen*, und er hielt eine Steigerung der Verbraucherpreise von 6,5 vH im nächsten Jahr für zu hoch. Zur Beurteilung der Maßnahmen der Bundesbank muß man wissen, daß zur Zeit das gewiß hohe deutsche Zinsniveau im internationalen Vergleich bereits am unteren Ende liegt. Das engt den Spielraum der Bundesbank für weitere Diskontsenkungen ein. Sie könnten zu weiteren Kapitalausfuhren — wegen der höheren Zinsen im Ausland — und dadurch zu einem neuerlichen Verfall des DM-Kurses führen. Hierauf weist die Bank für Gemeinwirtschaft in ihren Wirtschaftsblättern für Oktober 1974 hin.